

Wasserstoff für alle! Regionen fordern Förderung für grüne Zukunft

Der Bund der Wasserstoffregionen fordert heute staatliche Förderungen für die Wasserstoffwirtschaft in Osterholz zur Stärkung regionaler Unternehmen.



Osterholz, Deutschland -

Der Bund der Wasserstoffregionen (BdWR) hat jüngst Forderungen zur staatlichen Förderung der Wasserstoffwirtschaft in ländlichen Regionen erhoben. Diese Initiative richtet sich insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie an den kommunalen Verkehrssektor, die einen gleichwertigen Zugang zu Wasserstoff benötigen, wie er bisher vor allem Industriezentren vorbehalten ist, wie **Weser-Kurier** berichtete.

Der BdWR umfasst insgesamt 44 Städte, Gemeinden und

Landkreise, darunter den Landkreis Osterholz sowie zehn Landkreise aus dem Amtsbezirk Lüneburg. Im Rahmen eines Vorschlags zur regionalen Förderarchitektur sollen Erzeugung, Verteilung und Nutzung von Wasserstoff neu strukturiert werden. Ziel ist es, alle Regionen gleich zu behandeln und das Bundesziel von zehn Gigawatt Elektrolysekapazität bis 2030 zu erreichen. Der Landrat von Osterholz und Sprecher des BdWR, Bernd Lütjen, hebt die Bedeutung der regionalen Wasserstoffwirtschaft für die Energiewende und wirtschaftliche Zukunft hervor.

Entwicklung eines Konzeptes für die Wasserstoffwirtschaft

Kreise und Kommunen haben das Konzept „H 2-Regional“ erarbeitet, welches Planungssicherheit bietet und die Förderung von Investitionskosten gewährleistet. Eine Analyse des Wärmebedarfs im Mittelstand wird ebenfalls angestrebt. Zudem wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, regionale Cluster an Fernnetz-Pipelines anzuschließen. Lütjen fordert zudem eine regulatorische Basis zur Integration bestehender Verteilnetze in die nationale Wasserstoffinfrastruktur.

In einem umfassenden Kontext zur Wasserstoffstrategie in Deutschland zeigt sich, dass bislang lediglich 0,63 Gigawatt Wasserstoffelektrolyseleistung installiert sind – ein Wert, der weit hinter dem angestrebten Ziel von 10 Gigawatt bis 2030 zurückbleibt. Geplante Projekte konzentrieren sich bislang überwiegend auf den Eigenverbrauch von Großindustrien, etwa in der Stahlproduktion. Ohne eine geeignete Förderarchitektur sind die Einbindung von Wasserstoff in KMU und im Verkehrsbereich gefährdet, wie **H2non** berichtet.

Der BdWR schlägt in seinem Konzept „H2Regional“ eine spezielle Förderarchitektur für regionale Wasserstoffwirtschaften vor. Dieses Positionspapier wurde bereits an den Bundesminister Dr. Volker Wissing übergeben. Bernd Lütjen warnte vor erheblichen Gefahren für Wasserstoffinvestitionsprojekte im

Verkehrsbereich, falls keine klaren Förderperspektiven geschaffen werden. Das Konzept adressiert sowohl investitionskosten- (CAPEX) als auch betriebskosten-dominierte Bereiche (OPEX) und zielt darauf ab, regionale Wirtschaftsakteure zur eigenen Investition in die Transformation zu befähigen und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

Die Bundesregierung hat erkannt, dass in den nächsten Jahren im Verkehrssektor die Anschaffung von Brennstoffzellenbussen und -nutzfahrzeugen bis 2030 gefördert wird. Es sind gesetzliche Vorgaben vorhanden, die vorschreiben, bis 2025 jährlich etwa 950 und ab 2026 bis zu 1.350 emissionsfreie Busse im öffentlichen Personennahverkehr zu integrieren. KMUs, die 52 % der Beschäftigten und 33 % des Umsatzes in Deutschland ausmachen, sehen sich jedoch bei der Planung der Wasserstoffwirtschaft erheblichen Herausforderungen gegenüber, was die Notwendigkeit einer soliden Förderarchitektur unterstreicht.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Osterholz, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • www.weser-kurier.de • www.h2non.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at